

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

86 (19.4.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 825, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 827 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

Anzeigen: Die sechspaltige Reizzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Bahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Bahl in Karlsruhe.

K. Zentrumstaktik.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Ueber die Zentrumstaktik zerbrechen sich die Gegner allezeit die Köpfe; sie reden ihren Reuten Schredliches über die Machinationen der „schönen Herren vom Zentrum“ vor; jeden Tag wissen sie neue Schandernarrchen zu erzählen. Obenan steht immer der eine Satz, daß das Zentrum mit aller Macht anstrebe, die frühere Stellung wieder zu erhalten. Einen Beweis hierfür scheidt man sich; höchstens gilt die eine Tatsache, daß das Zentrum nicht nach den Wünschen des Volk handelt, als ein solcher. Nun können wir den liberalen Angstmeiern in aller Gemütsruhe versichern, daß das Zentrum ein solches Streben nicht hat, daß auch gar keine Veranlassung zu einem solchen vorliegt; denn man hat im Zentrum immer mit der Dauer des Volks bis zu den nächsten Reichstagswahlen gerechnet. Wenn einzelne Zentrumsabgeordnete den Reichstanzler Fürst Bülow scharf angreifen, so ist das ihr gutes Recht; der Reichstanzler hat das Zentrum gar böse beschimpft u. noch konnte sein Volk nachweisen, daß man mit demselben Minze heimzählte. Man wäre töricht, wenn man die unangenehmen staatsmännischen Fehler dieses Meisters nicht vor aller Welt besprechen würde; das Zentrum liegt eben vor seinem Reichstanzler auf den Knien, sondern geht jene Wege, die es für richtig erkannt hat.

Angeht die Reichsfinanzreform wird nun über die Taktik des Zentrums besonders viel geschrieben; aber diese ist eine sehr einfache und ergibt sich ganz von selbst aus den Grundzügen und der Vergangenheit der Partei. Wir können sie in folgende Reitzsätze zusammenfassen: 1. Als stärkste bürgerliche Partei wird das Zentrum an der Reichsfinanzreform mitarbeiten, da es die Notwendigkeit und Dringlichkeit anerkennt und in der guten Lösung eine Lebensfrage für das Reich erblickt. 2. Es wird aber auch mitarbeiten, um die begründeten Interessen seiner Wähler zu vertreten, damit es sich nicht später sagen lassen muß, es hätte manches verhindern können. 3. Nachdem die Sparanstaltsaktion so schmachvoll geendet hat, läßt sich nicht mehr in Abrede stellen, daß das Reich 450-500 Millionen Mark neuer Einnahmen braucht und das Zentrum ist bereit, solche zu bewilligen. 4. Von dieser Summe muß auf den Besitz mindestens die Hälfte gelegt werden, so daß also eine Besitzsteuer von 100 Mill. Mark vollkommen ungenügend ist. 5. Jede Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer lehnt das Zentrum ab, da es in diesen den Anfang vom Ende der Einzelstaaten sieht. Die Nachlaststeuer (so wie sie vorgeschlagen ist) ist für das Zentrum unannehmbar. Es sind daher andere Formen der Besitzsteuer zu suchen, und wenn diese nicht den erforderlichen Betrag aufbringen, muß eben der Rest auf Matrilinearbeiträge gelegt werden, was sofort Geld bringt, und die heute lebenden Reichen belastet. 6. Das Branntweinmonopol ist für das Zentrum unannehmbar; die übrigen Verbrauchssteuern müssen so ausgebaut werden, daß sie keine Existenzen ruinieren, kein großes Beamtenheer erzwingen und so ertragreich sind, daß sie 250 Mill. Mark abwerfen. In diesen 6 Reitzsätzen ist das gesamte Programm und die gesamte Taktik des Zentrums niedergelegt. Wenn die Gegner diese für falsch halten, so mögen sie diese Sätze angreifen, aber dem Zentrum nichts anderes unterzchieben.

Nun sagt man: daß das Zentrum nicht mehr mitarbeiten könne, seitdem es in der Finanzkommission vom Reichstanzler so scharf brüskiert worden sei. Und manche Anhänger des Zentrums wünschen dieses. Wenn das Zentrum sich z. B. der Abstimmung enthalten würde, so würden manche sehr unangenehme Steuern schon angenommen worden sein. Wäre dann das Volk befriedigt? Bei einem anderen Gesetze könnte man die Taktik des Schmollens näher überlegen; die Steuern gehen an den Geldbeutel, und da hört bekanntlich die Gemütskraft auf. Denn dem Reichstanzler zuliebe bewilligt das Zentrum seine Steuern, ihm zur Freude lehnt es auch seine ab. Die erste starke Partei wirft sich nicht weg, sondern handelt nach dem Interesse des Reiches und den Wünschen seiner Wähler; das deutsche Reich aber besteht weiter, wenn Fürst Bülow schon längst in der Villa Malta seine Pension verzehrt. Mit aller Macht wehrt sich daher das Zentrum auch gegen eine Verkleinerung der Reform; das mögen sich die Bundesstaaten merken. In diesem Jahre stehen 216 Mill. Mark ungedeckter Matrilinearbeiträge im Etat; 1912 müssen diese bezahlt werden. Ein neuer Reichstag ist dann vorhanden, und da dürfen sich die Bundesstaaten nicht damit trösten, daß dieser dann die Schulden des Reichstags bezahlen werde. Die Einzelstaaten haben dann unweigerlich diese Gelder aufzubringen; zumal wenn der Besitz wirklich erfährt wird. Das wollen wir schon heute sagen.

Im sozialdemokratischen Lager ärgert man sich darüber, daß das Zentrum nun die Forderung von 20 Millionen Mark Besitzsteuer so sehr in den Vordergrund stellt. Zu warum haben das die Genossen nicht getan? Auch darin liegt keine veränderte Taktik. Als im Zentrum der Steuerbedarf auf 300

Mill. Mark angenommen wurde, forderte es 150 Mill. Mark Besitzsteuer, und damals waren jene Verbrauchssteuern, welche die Besitzenden treffen sollten, noch nicht abgelehnt; jetzt sind diese begraden und von geeigneten Ersatzsteuern hört man nichts. Inzwischen hat sich klar ergeben, daß man 500 Mill. Mark neuer Steuern braucht; also muß das Zentrum nach seinem früheren Vorgehen jetzt 250 Mill. Mark Besitzsteuer fordern. Darüber sollte sich gerade die Sozialdemokratie freuen, denn dann werden die armen Leute weniger belastet. Wir hoffen, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für diese Verteilung ergeben wird und wir rechnen dabei besonders auf die Unterstützung der Sozialdemokraten.

Die Taktik des Zentrums ist somit eine ganz klare; aber der Volk scheint nicht zu wissen, was er will; sagt doch selbst das „Verl. Tageblatt“: „Was man dem Zentrum zum Vorwurf machen kann, das ist allein sein zweibeitiges und mehrteiliges Verhalten bei der Beratung der Reichsfinanzreform. Aber dazu haben ihm doch Konserervative und Nationalliberale erst die Gelegenheit geboten, indem sie mit Hilfe des Zentrums der Nachlaststeuer den Garaus zu machen suchten. Die Stärke des Zentrums beruht einzig und allein auf der Schwäche des Volks. Wenn der Volk wüßte, was er wollte, dann könnte ihm die Taktik des Zentrums fast lassen, da er ja die Mehrheit hat. Wozu also die Tränen?“ Wir sagen weiter, daß er etwas zu diesem Zwecke gewollt worden ist. Alles Reden über die „unehrliche Taktik des Zentrums“ ist nur ein Beweis von der Unfähigkeit des Volks, mehr nicht.

h.f. Der Minimalblock

— wie die „Bad. Landeszeitung“ das neue Abkommen zwischen den liberalen Parteien nennt — ist nun zu Stande gekommen. Er garantiert also den Besitzstand in den Städten Mannheim, Karlsruhe, Bruchsal (wo gar keiner ist), Baden, Lahr und Freiburg, sowie in Lahr-Land, Melsheim-Vorberg und Emmendingen und legt gleichzeitig fest, daß die Demokraten und die Freisinnigen sich für den ersten Wahlgang mit anderen Parteien — also den Sozialdemokraten — nicht verbinden dürfen. Daß das Volklein zusammen ist ein durchschlagender Beweis, wie die in die Zukunft der einzelnen liberalen Parteien auf Sieg aus eigener Kraft ist und wie groß die Angst sein muß vor den Reichsparteien, Zentrum und Konservativen. Diese Tatsache wird so recht klar, wenn wir uns das Bestreben machen, die Aufhebungen der parteiamtlichen „Bad. Landeszeitung“ der letzten Wochen etwas anzusehen. So hieß es in Nr. 68 mit Bezug darauf, daß Vörrach-Land aus dem Minimalblock ausgeschieden werden sollte, ganz energisch: „Das Schicksal eines „Walds“, bei dem der eine Spitzreiter den Führer des andern in dessen eigenen Wahlkreis bekämpft, wäre ungenügend. Entweder bekommen wir einen Block oder wir bekommen keinen; aber uns vor ganz Deutschland lächerlich zu machen, dazu sind wir uns zu gut.“

Aber wie so oft im Leben, ist es auch hier anders gekommen. Das „Ungehörliche“ ist also doch eingetreten: Der Führer übertrug hat ein Abkommen auch mit den Freisinnigen zustimmen müssen, trotzdem „der eine Kontrahent“ — die Freisinnigen — „den Führer des andern“ — Vörrach — in seinem eigenen Wahlkreis bekämpft. Das muß bitter, sehr bitter sein für das Selbstgefühl des Parteiführers. Ob sich die Herrschaften nun vor ganz Deutschland lächerlich gemacht haben, wer will's verneinen?

Doch auch die Demokraten bekommen einige bittere Bohnen. Auch Offenburg, wo Müller, der Mann der Gebetsbücher, sich sein Ross zum Ritt ins Parlament fatten lassen, auch Konstantz, wo Venedy, der Unentwegte, sich den Vorber haken will, auch Schweigingen, das sich der Herr Schrig im Bad zum Sprungbrett auserkoren, sind in die Besitzstandsgarantie nicht aufgenommen worden. Sofft man auf nationalliberaler Seite, sie zu „lupfen“? Nur Vogel, der tapfere Messerschmied, und Heimbürger, bei dem der demokratischen Entschliebung friische Farbe allmählich immer mehr durch des diplomatischen Gedankens Bläse angekränkt erscheint, haben Gnade gefunden, letzterer wohl aus Dank für seine große Bemühungen um das Zustandekommen des Blockes. Am besten abgeschnitten haben die Freisinnigen. Sie haben die Wiedernah ihrer ganzen Fraktion garantiert erhalten. Ob's aber dem Herrn Freibauf trotz Dittmarverein „langen“ wird, wer wollte wetten?

Das Abkommen zeigt dann, wie ungemütlich es besonders auch den Nationalliberalen in ihrer Freiheit geworden war. Als das Minimalabkommen scheidete, da freute sich angeblich ein großer Teil der nationalliberalen Wählererschaft und die „Landeszeitung“ schrieb (Nr. 63):

„Ist das ein Unglück? Nein! Wenigstens wäre es gewesen, im Rahmen eines Minimalabkommens den Kampf gegen die allen Liberalen gemeinsamen Feinde, die Konservative Koalition und die Sozialdemokratie, zu setzen. Es wäre doch auch krasstypisch gewesen und hätte wenigstens den Schein einer besseren Eicherung des

Erfolges für sich gehabt. Heute, da wir vor dem Scheitern des Minimalabkommens als vor einer vollendeten Tatsache stehen, kann aber auch gesagt werden, daß in weiten Kreisen der Nationalliberalen die Meinung herrscht, es könne unsere Partei ihre volle Kraft erst wieder entwickeln, wenn sie einmal auf sich allein angewiesen sei. Der Kraftverlust, den sie mitunter auf das gleiche Ziel gerichtete selbständige Arbeit der früheren Blockparteien im Gefolge haben wird, kann also ausgeglichen werden durch die größere Ellenbogenfreiheit, die wir Nationalliberale nun haben, und durch den Ansporn zu lebhafter Arbeit, der darin liegt, daß wir auf unsere eigene Kraft angewiesen sind.“

Das Klang sehr froh und frohig: Jetzt, da wir unsere volle Kraft entwickeln, jetzt erst können wir zeigen, was wir sind und was wir vermögen. Aber die Theorie von der eigenen Kraft der Nationalliberalen läßt sich, wie so manch andere Theorie, eben nicht mehr in die Praxis umsetzen, das Wort von der eigenen Kraft ist aus dem Verston der Nationalliberalen gefahren, seine bloße Fiktion hat dem früheren Parteichef, Herrn Bing, seiner Zeit schon in der Kammer einen vollen Heiterkeitserfolg eingebracht, den der Ueberlinger Amtsverfänger, der „Seebote“, in den Auspruch fleidete, daß das 3 Worte seien, so ernst, wenn's nicht zum Lachen wäre. So, so ist's, wenn die Nationalliberalen von der eigenen Kraft reden, dann laßt die übrige Welt. Und was dann die Ellenbogenfreiheit anlangt, so trauen die Herren dieser Freiheit scheint auch nicht ganz. Ein starker Gegner wird sich auch durch die Ellenbogen eines schwächeren nicht abhalten lassen, diesem kräftige Rippenstöße zu versetzen. Das haben die Herren des engeren Ausdrucks wohl erwoogen und darauf beschloffen, den Beweis des Wortes der Stärke ist am mächtigsten allein den andern zu überlassen, fintelal — Wir verzichten lieber darauf, ihre Truppen alle in zu marschieren zu lassen, sie verzichten auf das eine zeitlang so stolz folportierte „Zählen der nationalliberalen Wählermassen“ und sie befähigen so das Wort, das in Nr. 82 der „Landeszeitung“ steht: „Wer an Kräfte geht, verlernt den selbständigen Gang und traut sich ihn nicht mehr zu.“ Sowoohl der Gang an den Kräfte ist für die Nationalliberalen zur Regel geworden und je näher es der Wahl geseht, umso eifriger suchen sie nach solchen Kräfte. Daß der Kräftegang ein Zeugnis besonderer Stärke sei, hat bis jetzt noch niemand behauptet. Und so beweist das neueste Abkommen mit durchschlagender Klarheit den Schwächezustand der einst so mächtigen Partei, den der Parteichef schon auf dem Mosbacher Parteitag in die charakteristischen Worte fleidete, die er ins Land hinausrief: „Selbst uns, es steht eine große Zeit bevor.“ Das Abkommen ist ein Produkt der Angst, oder, wie die „Freib. Tagespost“ sagt, ein Kind der Not.

Deutschland.

Berlin, 10. April 1909.

o Vom Umfall des Zentrums bei der Erb-anfallsteuer reden jetzt freisinnige Blätter; das kann nur Heiterkeit hervorgerufen, denn die Freisinnigen fallen nahezu jeden Tag um. Noch im Jahre 1906 haben sie jede indirekte Steuer bekämpft und heute stimmen sie diesen zu; wie sprachen damals Dr. Müller-Sagan und Kopsch gegen die Biersteuer? Als man diese um 30 Millionen Mark erhöhte, wurden die schärfsten Töne angeschlagen; jetzt aber hat der Freisinn in der Kommission einer Erhöhung um 100 Millionen Mark zugestimmt. Gibt es einen schmäherlichen Umfall? Nun suchen freisinnige Blätter auf eine Rede des Abg. Speck vom 9. Januar 1906 hinzuweisen. Abg. Speck nahm damals Bezug auf Ausführungen des Zentrumsgesordneten Frigen zugunsten der Besteuerung des Dezenten und der Ehegatten, verschwie aber nicht die lebhaften Bedenken, dagegen aber fügte er hinzu: „Lebensfall ist es vom sozialen Standpunkt aus berechtigt, die großen Vermögen heranzuziehen, auch wenn sie an Dezenten und Ehegatten fallen, als es der Vorschlag ist, die Genußmittel des kleinen Mannes durch Steuererhöhungen zu verneuern.“ Abg. Speck beschäftigte sich dann noch weiter ausführlich mit dieser Steuer und schloß diesen Teil seiner Rede mit folgenden Worten: „Wenn Not an Mann ist, wenn es uns gelingt, die indirekten Steuern erheblich herabzusetzen, und wir vor der Notwendigkeit stehen, Ertrag schaffen zu müssen, dann müssen wir auch an der Dezentenbesteuerung herantreten, aber dann nur unter Heranziehung der ganz großen Vermögen.“ Dieser Standpunkt ist im Jahre 1906 von den Abg. Frigen und Speck vertreten worden, aber die Fraktion hat schon damals nach langen Verhandlungen nahezu einstimmig den Beschluß gefaßt, von der Dezentenbesteuerung abzusehen. Das geschah schon im Jahre 1906, wo das Zentrum die Führung der Geschäfte hatte. Im übrigen hat sich der Abg. Speck so vorsichtig und einschränkend für diese Steuer ausgesprochen, daß wir keine Voraussetzungen nochmals besonders hervorheben wollen: 1. es muß ein tatsächlicher Notstand vorliegen, d. h. wenn der Besitz auf keine andere Weise erfährt werden kann und das Reich Geld braucht, dann kommt diese Steuer in Be-

tracht; 2. als Ersatzsteuer für abgelehnte indirekte Steuern kommt diese Steuer in Betracht; 3. aber nur bei „ganz großen Vermögen“. Man dachte damals an die Besteuerung der Erbschaft von 100,000 M. aufwärts.

o Rücktritt des Reichstagspräsidenten? Immer bestimmer tritt in gut unterrichteten Kreisen die Meldung auf, daß Staatssekretär Sydow von seinem Posten zurücktreten müsse, da der Reichstanzler schon einen Nachfolger für ihn bereit habe. Die nächste Folge dieses Rücktritts wäre die Verschiebung der Reichsfinanzreform; wir können daher nicht an die Möglichkeit dieser Meldung glauben.

o Ein neues Branntweinsteuerkompromiß. Wenn die Finanzkommission des Reichstages nach den Osterferien wieder zusammentritt, so dürfte ihr, zur 2. Lesung, in Sachen der Branntweinbesteuerung ein Vermittlungsvorschlag vorgelegt werden, der zwischen den Monopolwünschen der Regierung und den liberalen Forderungen einen gangbaren Mittelweg vorzubereiten geeignet erschiene. Es soll, wie die „Mil.-Volkszeitung“ in der Lage ist mitzuteilen, eine Art Verstaatlichung der Spirituszentrale, etwa nach dem Vorbilde der Reichsbank, geplant sein, und man hoffe für diesen Gedanken eine Mehrheit zu finden. Dies neueste Spiritusabkommen, das auch den großen Vorzug habe, der maßlosen Vergrößerung des Reichsbeamtenheeres entgegenzuwirken und dem Reiche die großen Kapitalien zu ersparen, die der Ankauf der Spiritusfabriken und ihre teilweise Stilllegung verursachen würden, soll von dem Vorsitzenden der Finanzkommission, Herrn Dr. Paasche, vorbereitet worden sein. Diese Meldung kommt nicht überliefert; denn dieser Plan ist ein alter. Aber unerfindlich ist, wie dabei die „liberalen Forderungen“ erfüllt werden können; denn die gesamte Spirituszentrale beruht auf der Kontingentierung. Ob der Freisinn für dieses Monopol zu gewinnen ist, wissen wir nicht.

o Zweierlei Maß. Der Reichstagsabgeordnete de Wiedel ist vom Kaiser zum Mitgliede des Staatsrates von Glanz-Lotbringen ernannt worden. In seiner Person erhält die lothringische Industrie zum ersten Mal einen besonderen Vertreter im reichsständischen Staatsrate. Die ganze Blockpresse ist mit dieser Ernennung einverstanden. Wir aber fügen bei, daß die Wendel den größten Teil des Jahres in Paris zubringt, das Deutschen nicht voll auf mächtig ist. Wie geht nun die Presse gegen den Zentrumslabidaten Herzog von Arenberg vor, weil er einen Teil des Jahres in Brüssel lebt?

o Dritter Vertretertag des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit. Der Verband tagte am 15. April in den Räumen der Bürgergesellschaft zu Köln. Den Vorsitz führte Rechtsanwalt Dr. Kennard-Köln. Vertreten waren die Vereine von Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Kempen, Köln, München, N.-Glabbach und Paderborn. Der Redenschaftsbericht des Verbandesvorstandes im Verein mit den Berichten der einzelnen Ortsvereine läßt erkennen, daß im verfloffenen Jahre fleißig und mit Erfolg gearbeitet worden ist. Besonders sei hier der unausgesetzte Kampf gegen die Schundliteratur erwähnt. Der Vertretertag beschloß u. a. die Einrichtung einer lebenslänglichen Verbandsmitgliedschaft gegen einmalige Zahlung von 100 Mark, wofür das Verbandsorgan „Volkswort“ und alle sonstigen Veröffentlichungen des Verbandes gratis geliefert werden. Die Tagung fand ihren Abschluß durch einen geistvollen Vortrag des rühmlichst bekannten Sexual-ethikers Professor Friedr. Forster (Zürich), der vor rund 900 Damen und Herren über „Alte und neue Anschauungen über die Beziehungen der Geschlechter“ sprach. Während des Vertretertages lief von Hildesheim die Meldung ein, daß auch dort ein Männerverein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit gegründet worden sei.

o Deutschtum betr. schreibt uns ein Leser unseres Blattes: Zu einer der letzten Nummern meinen Sie, man habe doch gegen das Deutschtum des Reichstanzlers Hohenlohe auch keine solchen Vorwürfe erhoben wie gegen den Herzog von Arenberg, obwohl Hohenlohe in Ausland viele Güter besessen habe. Dies ist richtig, aber (wenn ich mich nicht sehr irre) erhob man den Vorwurf, Hohenlohe stamme von dem römischen Geschlecht der Flaminier ab. Es stand nach der Ernennung zum Reichstanzler in der „Karlsruher Zeitung“ ein längerer Artikel, daß man allerdings im Mittelalter von einer Familie alta flamma lese, dies sei aber keine Erinnerung an die Flaminier, sondern eine Ueberlieferung des Hohenlohe = hohe flamma. Der Vorwurf kam aus den Reihen der Antiklramontanen, die sich über den Wählung als Kanzler des protestantischen Kaiserreichs aufregten. Dieser Fall ist für den so viel genannten konfessionellen Frieden noch besprechender als die Bege gegen Arenberg. Die Artikel waren meines Erachtens kurz nach der Ernennung zum Kanzler erschienen.

o Die Pest in Deutsch-Ostafrika. Im Reichskolonialamt ist, wie bereits mitgeteilt, eine telegraphische Meldung des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika eingelaufen, nach der im Muanjabezirk etwa 60 tödlich verlaufene Pestfälle festgestellt worden sind. Darüber ist dem „Verl. Tagebl.“ von dem Stellvertreter des Medizinal-Dezernenten im Kolonialamt, Stabsarzt Dr. Hinge, erklärt worden:

Die Nachricht hat für uns, die wir mit den sanitären Verhältnissen jener Gegenden vertraut sind, nichts Ueberwältigendes oder Alarmierendes. Es handelt sich auch in diesem Falle lediglich um ein ernstes Ausfallern der in Afrika und besonders in den südlichen und östlichen Uferländern des Viktoriasees wohnenden einheimischen Völkern. Diese gefährliche Seuche hat bisher allen den unablässigen Bestrebungen der sanitären Behörden gegenüber. Die gefährliche Seuche hat bisher allen den unablässigen Bestrebungen der sanitären Behörden gegenüber. Die gefährliche Seuche hat bisher allen den unablässigen Bestrebungen der sanitären Behörden gegenüber.

Zu dem sozialdemokratischen Wahlkandidaten, das, wie berichtet, im Jahre 1904 bei den Wahlen zum Reichstag gewählt wurde, äußert sich jetzt der Vorstand des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes in einer Gegenklärung, in der es heißt:

Die vom Bergknappen gewünschte Klage wird von uns sofort veranlaßt werden. Das besagte Flugblatt ist weder von der Verbandleitung noch mit deren Wissen, auch nicht in der Druckerei des Verbandes hergestellt. Als Sachse in der Wahlkammer am Sonntag vor der Knappheitswahl das erste dieser Flugblätter von Spaniol zugeworfen bekam, war Sachse außer sich, schickte sofort Spaniol nach Dörfchen zurück, daß er die Verbreitung des Flugblattes verhindern sollte. Sachse eilte sofort nach dem nächsten Postamt und deponierte nach Westfalen, daß die nach dort gelangten Flugblätter auch nicht verbreitet werden sollten. Als sich herausstellte, daß Sachses Depesche zu spät nach Westfalen kam, die Verbreitung also erfolgt sei, hat der Verbandsvorstand sofort ein Flugblatt an alle Poststellen erlassen, in welchem aufgefordert wurde, das Flugblatt nicht zu lesen, es nicht zu verbreiten. So viel für heute. Einzelnen wollen wir nur noch, daß Spaniol das Flugblatt geschrieben hat und es auch war, der erzählt, daß ihm von christlicher Gewerkschaftsseite mitgeteilt sei, daß er 30 000 Mk. von den Bergknappen erhalten habe. Später mehr. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes. H. Sachse.

Also das Flugblatt stammt tatsächlich aus den Kreisen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Es ist verbreitet worden, hat seine Wirkung getan und es ist recht bedauerlich.

Das neue Gesetz über die Veteranenbeihilfe ist nun vom Reichstag verabschiedet. Das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer. Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt: § 1. Personen des Unteroffiziers- und Mannschaftsstandes des Heeres und der Marine, welche an dem Feldzuge von 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen oder an überseeischen Expeditionen ehrenvollen Anteil genommen haben, und sich in hilfsbedürftiger Lage befinden, erhalten Beihilfen aus dem allgemeinen Reichsmittel. Einem Nachweises der Hilfsbedürftigkeit bedarf es nicht, wenn der Kriegsteilnehmer das 60. Lebensjahr überschritten und ein Gesamteinkommen von weniger als 600 Mark hat. — § 2. Die Beihilfen erhalten nach Erfüllung der Voraussetzungen der §§ 1 und 3 auch französische Heere oder die 1848—1850 und von 1864 im dänischen Meer mitgemacht haben. — § 3. Von den Beihilfen ausgeschlossen sind: a) Personen, welche aus Reichsmitteln gesetzliche Zuwendungen erhalten; b) Personen, welche nach ihrer Lebensführung der bestmöglichen Fürsorge als unwürdig anzusehen sind; c) Personen, welche sich nicht in der Lage des deutschen Indigenats befinden. Die polizeiliche Gewährung eines Kriegsteilnehmers hat bei der Prüfung der Würdigkeit dieselben außer Betracht zu bleiben. — § 4. Die Beihilfen betragen jährlich 120 Mark und werden monatlich im voraus gezahlt. Die Zahlung der Beihilfen beginnt mit dem Monat, in welchem dieselben zuerkannt werden. Dieselben unterliegen nicht der Beschlagnahme.

Kirchliche Nachrichten.

Der Vatikan und die Erzbischöfe von Paris, Rouen und Albi. Die „Frankf. Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 103 vom 14. April 1909 eine Mitteilung des Pariser „Matin“, wonach der Vatikan beabsichtigt, die Versammlung französischer Bischöfe in Rom am 18. April zu einer Gerichtsverhandlung gegen die Erzbischöfe von Paris, Rouen und Albi zu gestalten. Wgr. Fuzet von Rouen und Wgr. Magnol von Albi finden mehr oder weniger im Verdacht zu großen Entgegenkommens gegen die Modernisten und Wgr. Amette von Paris werde vorgeworfen, er habe auf dem letzten Bischofskongress erklärt, man müsse die Gesetze der Republik annehmen. Der „Frankf. Zeitung“ dürfte die Unangenehmheit des „Matin“, aus dem die meisten Pariser Gesandten in die deutsche Presse übergeben, hinlänglich bekannt sein. Sogar ein deutsches Gerücht (in München) hat vor drei Jahren das französische Blatt als unzuverlässig gekennzeichnet. Was der „Matin“ neuerdings über die französischen Bischöfe schreibt, ist vollständig erfunden. Der Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse wird dazu aus erster Quelle das folgende mitgeteilt: Der Vatikan hat Wgr. Amette in dessen Verhalten gegenüber seinen Diözesanen und gegenüber der Regierung immer nur ermutigt. Auf dem letzten Pariser Bischofskongress ermahnte der Erzbischof zu seinem Schlusswort eine strikte religiöse Neutralität für den Schulunterricht zu fordern und gegen jeden Fall antikerischer Gehe in den öffentlichen Schulen zu protestieren. Dadurch erfüllte man das Gesetz der Republik, welche die religiöse Neutralität der staatlichen und kommunalen Schulen garantiert. Wie Pariser Blätter meinetwegen die Mitteilung des „Matin“ zu berichtigen. Es ist zu vermerken, daß ein angeheimes Blatt, wie die „Frankf. Zeitung“, eine solche Nachricht dem „Matin“ entnimmt.

Einigen. Die Feier der Grundsteinlegung der neuen Kirche findet am 1. Sonntag im Mai statt und wird sich zu einer erhebenden Feier gestalten. Die Weihe des Grundsteins wird Herr Dekan Duffner von

§ 5. Die Zahlung der Beihilfe ist einzustellen, sobald die Voraussetzungen fortgefallen sind, unter denen die Bewilligung stattgefunden hat (§§ 1 u. 3).

§ 6. Hinterläßt der Beihilfenempfänger eine Witwe, oder eheliche oder legitimierte Abkömmlinge, so wird für die auf dem Sterbemonat folgenden 3 Monate die Beihilfe weiter bezahlt. Die Bezahlung erfolgt im Voraus in einer Summe. Ist eine Witwe vorhanden, so erfolgt die Zahlung an diese.

§ 7. Die Zuerkennung der Beihilfen erfolgt durch die Zivilverwaltungsbehörde der Bundesstaaten. Die Billigung der Beihilfen erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges auf dem Verwaltungswege.

§ 8. Der jährlich im Reichshaushaltsetat festgesetzte Ausgabebedarf wird nach dem durch den Reichshaushaltsetat bestimmten Verteilungsmaßstab den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten zur gleichmäßigen Verwendung überwiehen. — Schluß- und Uebergangsbestimmungen. — § 9. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1909 in Kraft.

Außer Kraft tritt alsdann das Gesetz wegen Änderung des Gesetzes vom 23. Mai 1878, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds vom 22. Mai 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 237), soweit sich dasselbe auf die Beihilfen für Kriegsteilnehmer bezieht. In § 26 des Gesetzes über die Versorgung der Unteroffiziere des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1906 wird in Absatz 1 statt „600 Mark“ gesetzt 720 Mark. — Urkundlich usw. Gegeben usw. — Dieses Gesetz, dem der Bundesrat zustimmen dürfte, bedeutet einen sehr erheblichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung. Das Zentrum hat immer in der Richtung dieses Gesetzes gearbeitet und zunächst beantragt, in § 1 zu setzen statt 600 Mk. 900 Mk. Nachdem aber die Regierung dies als unannehmbar erklärt hatte, mußte es sich mit 600 Mk. begnügen, um wenigstens etwas zu retten. Wäre das Gesetz nun auch angewendet werden, damit die alten Veteranen die Beihilfe leichter erlangen können.

Ein Erfolg des Zentrums. Die französische Regierung beabsichtigt, im Herbst d. J. in Paris eine internationale Konferenz abzuhalten, in der über die Verhütung der Einfuhr unbilliger Schriften und Darstellungen verhandelt werden soll. Die entsprechenden Anfragen bei den verschiedenen Regierungen sind bereits vor längerer Zeit ergangen. Die deutsche Regierung hat einer Beteiligung an einer derartigen Konferenz, die amtl. von der französischen Regierung veranstaltet wird, ohne weiteres zugestimmt. Bei den diesjährigen Staatsberatungen hat befalls das Zentrum einen Antrag eingebracht, der eine solche internationale Konferenz wünscht.

Arbeiten des Reichstages nach Ostern. Es ist kaum anzunehmen, daß der Reichstag bis Pfingsten seine Arbeiten alle erledigt; man rechnet also schon damit, daß nach Pfingsten eine kurze Sitzungsperiode stattfinden muß. Zunächst werden die zweiten Lesungen der Entwurfsordnung, des unlauteeren Beihilfengesetzes erledigt werden; dann folgen die dritten Lesungen dieser Gesetze. Dazwischen hinein kommen Petitionen, Interpellationen, Wahlprüfungen und die erste Lesung der Strafprozessordnung. Die beiden größten Vorlagen sind noch in der Kommission: Finanzgesetz und Besoldungsvorlage. Es wird daher erwohnen, ob nicht das Plenum nur alle zwei Tage sich versammeln soll, damit die Kommissionen mehr Zeit haben, ob nicht die drei letzten Tage der Woche den Kommissionen ganz frei zu geben sind oder ob nicht das Plenum erst um 3 Uhr mit seinen Sitzungen beginnen soll. Ueber alle diese Möglichkeiten hat sich der Seniorenkongress alsbald schlüssig zu machen.

Großer Empfang in der Reichsfinanzreform. Der Empfang der Abordnungen aus dem Reich, die persönlich beim Fürsten Wilhelme eine Kundgebung zugunsten der Reichsfinanzreform veranstalten wollen, ist auf den nächsten Dienstag festgesetzt. Es handelt sich um Abordnungen aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und den Thüringischen Staaten.

Wer veranstaltet diese Pilgerzüge? Gibt es eine bessere Illustration für die Unbilligkeit des „nationalen“ Bloch-Reichstages?

Krankenkasse für die Postunterbeamten. Wie man in den Blättern liest, schwebt zwischen dem Reichsschatzamt und der Verwaltung der Reichspost gegenwärtig Verhandlungen über die Schaffung einer großen, das ganze Reichspostgebiet umfassenden Krankenkasse für die Unterbeamten und deren Angehörige. Die Kasse soll nach versicherungstechnischen Grundrissen aufgebaut werden, wobei die Unterbeamten einen geringeren, nach dem Gehaltsbezug abgestuften Beitrag zu leisten haben. Man hofft die Vorarbeiten bis zum Ablauf dieses Jahres beenden zu können.

Melafungen vornehmen und Herr Pfarrer v. Weiser Kling, früher Bitor in Singen, die Hefrede halten. Zur Gründung der Hefer werden der Kirchenchor, der Gesangverein „Konfordia“ und ein Knabenchor wesentlich beitragen. Der kirchlichen Feier folgt eine weltliche im Kreuzsaal.

Kloster Niental und Kloster zum hl. Grab in Baden-Baden. Diese zwei Häuser werden sehr oft miteinander verwechselt. Besonders bei Postsendungen gibt es oft Verwirrung; jetzt noch mehr als früher, weil jetzt Niental seit der Eingemeindung zur Wädertal gehört. Das Kloster der Zisterzienserinnen in Niental, jetzt Baden-Baden-Niental, ist 1245 von der Markgräfin Jemengard gegründet. Das Kloster zum heiligen Grab in Baden-Baden ist 1670 von der Markgräfin W. Franziska gegründet. Die Klosterfrauen vom hl. Grab haben ein Institut mit höherer Mädchenschule und Schulpenionat.

Pilgerzüge nach Einsiedeln. Wie wir dem neuesten Heft der sehr empfehlenswerten Volkszeitung „Mariengröße aus Einsiedeln“ (jährlich 3 Mk., 12 schöne illust. Monatshefte) entnehmen, sind bis heute 16 Pilgerzüge im Kloster angemeldet, und zwar 3 aus der Schweiz (Berne zum 24. Mai, Freiburg 12. Juni, St. Gallen Roggenburg 7. Sept.), 5 aus Baden (21. Mai, 4. Juni, 31. Juli, 6. und 20. August), 1 aus Bayern (21. Mai, 2 aus Elsaß (2. Juni und 18. August), 1 aus Lothringen (24. Mai), 3 aus Württemberg (7. Mai, 12. Juli und 1. Oktober). — Dazu treten noch manche andere in Aussicht. — Im Jahre 1908 betrug laut Meldung genannter Zeitchrift die Zahl der Pilger in Einsiedeln 31 000. Ausgeteilt wurden im Verlaufe des Jahres 176 000 heilige Kommunionen und gelesen wurden in der gleichen Zeit 22 166 heilige Messen, wovon 3188 in den Gnadenkapellen. — Neuron, 16. April. Gestern früh um 6 Uhr reiste der hochwürdigste Herr Erzbischof nach feierlichem Aufbruch nach Rom, um sich dem heiligen Vater vorzustellen. Es begleitete ihn Vater Josef Manser O. S. B., Mitglied der päpstlichen Vulgatakommission, der in der

Ausland.

Serbien und Oesterreich. Die serbische Regierung hat das serbisch-österreichische Abkommen bezüglich der Donau-Schiffahrt genehmigt. Serbien erklärt sich aber bereit, mit Oesterreich in neue Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages ebenso wie zum Abschluß eines Handelsvertrages zu treten.

Die Revolution in der Türkei.

Das Scheriatgesetz und die türkischen Frauen. Dem Berliner Lokalanz., wird von einer in türkischen Verhältnissen wohlunterrichteten Persönlichkeit geschrieben:

Nichts kann die Ziele der Gegenrevolution deutlicher bezeichnen als das Verlangen nach Wiederherstellung des Scheriat's. Europa weiß viel zu wenig, was eigentlich damit gemeint ist. Dieses Gesetz ist, wie uns von jung-türkischer Seite berichtet wird, nichts anderes als das Gesetz der Wüste mit dem Motto: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Es ist so barbarisch, daß die Türkei schon vor 150 Jahren begonnen hätte, sich davon abzumachen. Seit Jahrzehnten ist es als Strafgesetzbuch völli aufgegeben, und es ist an seine Stelle der französische Strafbuch getreten. Die türkische Schwereinstellung des Scheriat's würde danach das osmanische Reich noch hinter das despotische Regiment eines Abdul Hamid zurückführen. Den Männern, die diese Forderung vertreten, müßte es klar sein, daß, wenn sie an der Macht bleiben und das Scheriatgesetz wieder durchzuführen sollten, die europäischen Staaten niemals zugeben würden, 80 Millionen Menschen aus neue dem barbarischen Gesetz der Wüste auszuliefern. — Im übrigen hat, so seltsam es auf den ersten Blick erscheinen mag, das „Cherchez la femme“ seine Einwirkung auf die letzten, weltbewegenden Ereignisse in Konstantinopel ausgeübt, ein Einfluß, der nicht unterschätzt werden darf. Natürlich hat dieser nicht in einer Affäre der in den Harem's eingeführten Frauenwelt bestanden. Aber zu einem starken Bollwerk des Harem's Islamismus, als dessen Vertreter die Damenerkämpfer der Gegenrevolution sich bezeichnen, gehört das Scheriat's der Frau zur mohammedanischen Gesellschaft. Es ist natürlich, daß das Jungtürkentum, das allen die Freiheit bringen wollte, vor den Worten der Frauenemancipator nicht halt machen konnte. Auch für die türkische Frau sollte eine neue Zeit beginnen. Laut verhalten haben diese die Jungtürken sehr verständlich nicht. Es wird uns von solchen Männern berichtet, denen die eigenen Mütter, seitdem sie in die Bewegung eingetreten waren, verständnislos gegenüberstanden, und die ihre Söhne als verloren betrachteten. Die Türkei weiß es eben nicht anders, als daß sie die unbedingte Untergehung ihres Gatten, und nicht wie bei uns seine Kameradin und Freundin ist.

Truppen auf dem Marsch nach Konstantinopel.

Die Jungtürken erklären, daß sie nach Konzentrierung der ihnen treu gebliebenen Truppen mit 10 000 Mann nebst Artillerie auf Konstantinopel marschieren würden. Sie sind der Ansicht, daß die Konstantinopeler Garnison ihnen ernsthaften Widerstand nicht entgegenzusetzen werden. Die Unruhen in Anatolien werden von ihnen als die erste Folge der antikonstitutionellen Bewegung und des religiösen Fanatismus angesehen. Die von Saloniki und Adrianopel abgezogenen Truppen haben sich in Tschabaldisa vereinigt und sind in der Nähe von San Stefano eingetroffen. Die Truppen des zweiten Armeekorps werden sich demnächst dem 3. Korps anschließen. 30 000 Freiwillige sind schon zum Marsch nach Konstantinopel bereit. Unterzogene Politiker erwarten einen plötzlichen Umfall der Konstantinopeler Garnison und eine allgemeine Verdrüderung, die natürlich auf Kosten des Hilfs gehen würde. Undeß ist die Lage zu unklar, um irgendwelche Schlüsse ziehen zu können. Der Hilfs hat 16 Akademie-Offiziere beieigt, der Rest ist in Zivil entflohen.

Die Laue.

In Konstantinopel herrscht andauernd Ruhe. Die Truppen verhalten sich musterhaft infolge der Aufforderung der Mamas, sich der Befehlen der Offiziere zu fügen. Wie die Zeitungen telegraphisch aus Saloniki melden, ist dort ebenfalls völlige Ruhe eingetreten, auf die Kundmachung der Ulemas-Vereinigung, in welcher versichert wird, daß die Verfassung sichergestellt sei, das Parlament nicht aufgelöst werde und die Soldaten aufgefodert werden, zur Ruhe und Ordnung zurückzukehren, da sonst das heilige Scheriat-Gesetz kompromittiert und alle Zivilverhandlungen ihrer Strafe, wenn nicht schon auf Erden, so doch im Himmel erhalten würden. Infolge dieser Kundgebung ist bei den Truppen des 3. Armeekorps ein völliger Umfassung der Stimmung zugunsten des Sultans eingetreten. Das jungtürkische Komitee hat es infolgedessen für angezeigt gehalten, die

ewigen Stadt für seine ferneren Arbeiten Informationen einzuholen hat.

Theater und Kunst.

Großes Hoftheater. Die Erstaufführung der neu erworbenen Operette „Die kleinen Mäxchen“ von Messager ist auf Montag den 26. April angelegt. Das Hoftheater wird der Hoftheater-Personalbank zugewiesen. Die Abkommen werden deshalb höchlich erwidert, diese Vorleistung durch Lösung von Eintrittskarten zu fördern. Anderwärts gehört der Besuch der zugunsten der Theaterpersonalschaft stattfindenden Veranstaltungen zu den vorrangigsten Verpflichtungen der Abkommen. Am Donnerstag den 22. April wird Schönberr's „Erde“ zum ersten mal in Szene geben. Im Spielplan der kommenden Woche sind außerdem vorgelesen für Montag den 19. April das einmalige Gastspiel der Koloraturjägerin der Brüsseler Oper, Eve Simony als „Lalme“, für Dienstag den 20. April „Die Outgows“, für Freitag den 23. April „Der Jäger“, und „Die Puppenfee“, für Sonntag den 24. April „Johannisfeuer“, für Sonntag den 25. April „Die Boheme“. — Anlässlich des einmaligen Gastspiels von Irene Triesch am 1. Mai wird Jhens' „Nora“ oder ein Puppenheim neu insubiert. — Die nächste Neuheit im Schauspiel wird das Drama „Vorfrühling“ von Carolina Woerner von Freiburg sein. — Auf den 5. Mai ist die Aufführung von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ vorgelesen. Die geschlossene Vorführung des „Rings der Nibelungen“ im Jahresabonnement wird am 11. Mai beginnen. In der Oper ist ferner eine Neueinführung des „Barbier von Bagdad“ und die Erstaufführung von Massenet's „Manon“ geplant.

Truppen-Transporte nach Konstantinopel zu sistieren und sich in Sicherheit zu bringen.

Andererseits wird aber das gerade Gegenteil aus Saloniki gemeldet: Die Begeisterung ist groß. Alle Provinzialstädte sind bereit, Freiwillige nach Konstantinopel zu schicken. Einberufen sind neue Beiratsmitglieder über das weitere Vorgehen. Die hauptsächlichsten Beschäftigten des Komitees bleiben geheim. Konstantinopeler Agenten versuchen auch in der Provinz den Einfluss des Komitees zu intervertieren. Mehrere Personen wurden verhaftet. Der bulgarische Klub veranlaßte Sandanski, nach Saloniki zu kommen. Die allgemeine Stimmung geht dahin, daß die Verfassung, wenn nötig, durch Anwendung von Gewalt aufrecht erhalten werden muß und die Verräter geächtet werden sollen.

Als Konstantinopel liegen folgende Meldungen vom 17. ds. vor: Mufhtar Pascha, der aus Konstantinopel geflüchtet und in Saloniki eingetroffen ist, hat sich den Jungtürken wieder angeschlossen. Ein Vertrauter des Sultans, der ihm nahe liegt, zur Rettung seines Landes abzugeben, entgegnete Abdul Samid: „Ich würde es tun zugunsten eines meiner Söhne, aber niemals zugunsten meines Stiefvaters Mohammed oder zugunsten eines meiner Neffen, welche dem osmanischen Thron zertrümmern und das osmanische Reich verderben werden. Deshalb bleibe ich auf meinem Plage und werde als Herrscher sterben.“

General Jazet Suad, der Befehl des Kriegeministers, von dem man eine erprobte Einnahme auf den Geist der meuternden Truppen erwartete, ist heute nacht ermordet worden.

Nach telegraphischen Meldungen aus Biewleje ist in verschiedenen Teilen des Sandstads Novibazar eine Reihe blutiger Aufstände gegen die Jungtürken ausgebrochen. Mehrere Jungtürken wurden ermordet, viele mußten nach Bosnien flüchten.

Beschwichtigungsversuche.

In Konstantinopel herrscht gestern andauernd Ruhe. Die Zeitungen bleiben besänftigt auf das Militär und die Bevölkerung besänftigt einzuwirken. Unter dem Vorbehalt des Sultans sind vorgesehene im Hilfs ein wichtiger Ministerat statt, in welchem beschlossen wurde, neuerdings eine Proklamation zu erlassen, worin der Sultan und die Regierung auf das bestimmte versichern, an der Verfassung nicht rütteln zu wollen und die Bevölkerung des ganzen Reiches aufgefordert wird, zur Ruhe und Ordnung zurück zu kehren.

Aus dem Palais des Sultans traf in Saloniki besänftigende Depeschen ein, in denen ermahnt wird, von einer Expedition nach der Hauptstadt abzusehen. Trotzdem sind die Truppen entschlossen, nach Konstantinopel zu ziehen.

Ein Bombardement?

Der Belgrader türkische Gesandte soll eine Depesche erhalten haben, wonach die Russen in den vier Stunden von Bera und Galata bombardiert haben. 2000 Menschen sollen getötet und alle jungtürkischen Redaktionen zerstört sein, so daß die Zeitungen ihre Erscheinen eingestellt hätten. Viele Offiziere seien unangebracht. Diese Nachricht klingt sehr ungläublich.

Auffstände in Syrien.

Ans Kairo melden Depeschen über Unruhen in dem Gauran-Gebirge in Syrien. Türkische Truppen wurden in die Gegend entsandt, um die Ordnung wieder herzustellen. Es kam zu schweren Kämpfen zwischen Truppen und der syrischen Bevölkerung. Mehr als 2000 Syrier büßten ihre Auflehnung gegen die türkische Autorität mit dem Leben. Die Stämme dauern in den verstreuten Dörfern fort, ohne daß es den osmanischen Truppen bisher möglich war, die Bewegung zu unterdrücken.

Die Grenz in Kleinasien.

Nach den Grenzstationen von Adana begann das Christenmord in Mersina. Die Stadt wurde in Brand gesetzt. Die Konulardepeschen, welche allen Botenstationen zugehen, lauten entsetzlich trübselig. Man ruft heftig um Hilfe. Unter den Botenstationen in Konstantinopel fand ein lebhafter Meinungsaustausch statt.

Entsetzlich lauten die Nachrichten aus Adana, wo ein Armeekorps in der Notwehr zwei Mosleme tötete. Seitdem hat die mohammedanische Bevölkerung eine Schreckensherrschaft etabliert und massakriert die Nicht-mohammedaner. Die Konularberichte lauten verzweifelt. Die Ergebnisse gewinnen hinsichtlich an Umfang. Die Eisenbahnlinie Mersina-Tarsus-Adana ist unterbrochen und teils zerstört. Adana stand vorgesehene morgen zum Teil in Flammen. Die Fremden sind demotiert, daß die Konstantinopeler Botenstationen über die Entsendung von Kriegsschiffen beriet.

Entsendung von Kriegsschiffen.

Das zur Zeit im ägäischen Meer befindliche deutsche Stationschiff „Korelen“ erhielt Befehl, sofort nach Mersina abzugehen. Die französische Regierung entsandte auf Wunsch des Botenstationen in Konstantinopel noch den Kreuzer „Yules Ferry“ als drittes Kriegsschiff nach den türkischen Gewässern.

Baden.

Stadtsitze, 17. April 1909. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, den Oberamtsrichter Dr. Franz Gerber in Neustadt auf sein untertänigstes Ansuchen mit Wirkung vom 1. Juni d. J. unter Befehl des Reichs-Oberamtsrichter aus dem staatlichen Dienst zu entlassen und den Notar Gerhard Keller in Seelen in den Amtsgerichtsbezirk Engen zu versetzen. Vom Justizministerium wird dem Genannten hierdurch das Notariat Engen anzuweisen. Groß-Justizminister des Reichs, des Reichs und Untergerichts hat den Notar Wilhelm Schneider beim Amtsgericht Mannheim zum Landesrichter Mannheim ernannt. Mit Entlassung des Groß-Verwaltungsbevollmächtigten den Bureaubeamten im Bezirksamt, Verwaltungsassistenten Emil Haub bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch und Emil Wilhelm Schneider bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen die Amtsbezeichnung Buchhalter verbleiben.

Werkzuchtsteuer als Gemeindesteuer.
Da mit dem 1. April d. J. nach dem Vollzuge durch den Wegfall der Verbrauchssteuer auf Mehl und die Gemeindesteuern eine wesentliche Verschlechterung erfahren, will die Regierung den nächsten Landtag eine Vorlage wegen Einführung einer Werkzuchtsteuer als Gemeindesteuer erlassen, um den Gemeinden für den erwähnten Ausfall einen Ersatz zu bieten.

Ueber die Gemeindesteuer
und die Steuern, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer laut wurden, hat sich der Abg. Fehrenbach in einer Rede in Freiburg ausführlich geäußert. Wir werden auf die Rede, die zunächst für die Freiburger Verhältnisse bestimmt war, aber auch sehr wertvolle allgemeine Gesichtspunkte enthält, noch des Weiteren zurückkommen. Heute seien nur zwei Punkte herausgehoben, die sich auf Beschwerden beziehen, die man öfters hören konnte. Ueber die Behandlung der Gemeindesteuer auf dem letzten Landtag führte Fehrenbach aus:

„Wenn ich heute im allgemeinen gesagt habe, daß für die größeren Städte, jedenfalls für unsere Stadt, die Art der Gemeindesteuer, große Beschwerden herbeiführt, so möchte ich gleich einem Einwand begegnen, der aus parteipolitischen Gründen gemacht worden ist, als ob das Zentrum die Gemeindesteuer in dieser Art geschaffen habe. Das ist total unrichtig, man wird durchsichselber die staatliche Vermögenssteuer, in welcher die Gemeindesteuer der Abgeordnete Richter war, und die Gemeindesteuer, in welcher der Abgeordnete Gieseler, allerdings auch ein Zentrumsgesandter, berichtete. Aber ich stelle folgende Tatsache fest: In dem 2. August, wo die Debatte über das Gemeindesteuergesetz im badischen Landtag war, hat sich seitens der Zentrumspartei nur der Abgeordnete Gieseler als Berichterstatter geäußert. Der Abgeordnete Gieseler namens der Sozialdemokratie hat sich zum Ausdruck geäußert. Er hat speziell betont, daß von einem Schuldensatz in den Gemeinden nicht die Rede sein könne. Von national-liberaler Seite hat zu dieser Frage der Gemeindesteuer niemand das Wort ergriffen. Nur der demokratische Abgeordnete Vogel von Mannheim hat die Frage des Schuldensatzes einer näheren Erörterung unterzogen. In der zweiten Kammer wurde das Gemeindesteuergesetz, wie es jetzt besteht, einstimmig angenommen. In der ersten Kammer war der Berichterstatter der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Winterer und es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade dieses jetzt so viel angefeindete Gemeindesteuergesetz von den Oberbürgermeistern unserer Städte ganz besonders erachtet und betrieben worden ist. Und charakteristisch ist, daß in der ersten Kammer die Oberbürgermeister und die anderen Mitglieder nicht etwa gegen das Gesetz gestimmt haben, sondern fünf adeliche Herren, die der Meinung waren, daß der läudliche Besitz darin nicht genügend berücksichtigt würde. Interessant ist die Tatsache, daß der Vertreter der mittleren Städte in der badischen ersten Kammer, der Abgeordnete Dr. Weis in Geroldsau, erst neuerdings in der 7. vom 7. April der Zeitungsblätter badische Verwaltung und Verwaltungsrechtsfragen gerade gegenüber dem Schuldensatz eine absolut ablehnende Stellung einnimmt.“

Ich glaube diese Tatsache nur feststellen zu sollen, um dem Geerde, als ob das Zentrum der Schuld sei an der Vermögenssteuer, endlich einmal wirksam entgegenzutreten. Davon ist gar keine Rede. Es ist nicht mehr beizubringen als alle übrigen Parteien, da ja das Gesetz einstimmig angenommen wurde. Und dafür waren auch die Abgeordneten und die Oberbürgermeister unserer Städte und ich glaube nicht, daß einer derselben im Geruche der Zentrumsfreundschaft steht.“ (Heutezeit.)

Auf die Frage, wie den Befürwortern, die in den großen und mittleren Städten über die Gemeindesteuerung aufgetreten sind, abzuhelfen sei, äußerte sich Fehrenbach folgendermaßen:
„Es ist im letzten Landtag eine Petition der Grund- und Hausbesitzer zur Verhandlung gekommen, die sich mit der Gemeindesteueränderung befaßt hat. Berichterstatter war unser Abgeordneter Schmidt-Karlsruhe. Es ist vielstimmig angenommen, trotz der vorgerückten Stunde auf den Antrag des Berichterstatters, der darauf hinwies, daß das Gesetz dort, wo Mängel ihm anhaften, einer Veränderung unterworfen werden soll.“ Dieser Antrag fand in der Kammer einstimmige Annahme.

In welcher Richtung diese gesetzlichen Schritte vor sich gehen werden, ist schwer zu sagen. Nach welcher Richtung hin es unsere Zustimmung finden wird, darüber kann ein gewissenhafter Abgeordneter jetzt ebenso wenig Auskunft geben. Es ist möglich, daß eine Änderung dahin besteht, daß in großen Städten ein teilweiser Schuldensatz gemacht wird. Es ist auch möglich, daß den Befürwortern dadurch abgeholfen wird, durch eine proportionale Einstellung des Wertes der Vermögensgegenstände. Es ist auch möglich, daß versucht wird, die Grundstücke, solange sie landwirtschaftlich benutzt werden, zum Ertragsswert der Gemeindesteuer heranzuziehen. Dann hätte aber eine Verbrauchssteuer einzuführen, die für den Wert der Ueberbauung in Aussicht genommen werden könnte. Es ist aber auch möglich, um die Häuserbesitzer etwas zu entlasten, daß man an eine Erhöhung der Gewerbesteuer denkt, indem man die Progression bei 25 000 Mark anfangen läßt. Ferner ist auch möglich, daß man an eine Erhöhung des Multiplikators bei der Einkommensteuer denkt, auf 7 oder 8.

Möglich und nicht unwahrscheinlich ist auch eine andere Belastung des Kapitalvermögens, es wird aber sorgfältige Prüfungen der statistischen Ergebnisse bedürfen, ob es nicht angängiger wäre, die Kapitalsteuer von 10 Pf. noch um einen entsprechenden Betrag zu erhöhen. Das glaube ich Ihnen zum Schluß berichten zu sollen und mit gutem Gewissen versichern zu können: Die Abgeordneten der Zentrumspartei, auch die fünfzig Abgeordneten des nächsten Landtages, werden für sich in Anspruch nehmen können, daß sie ein offenes Ohr und Auge für die auf diesem Gebiete eingetretene Beschwerden haben und daß sie bereit sind, zu deren Abhilfe nach Möglichkeit beizutragen.“

Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden betreffend die Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen zwischen beiden Ländern.

Karlsruhe, 18. April. Dem württembergischen Landtag ging ein Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden zu, über die Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten. Er betrifft die Herstellung von Verbindungen von Klosterreichenbach über Schömling nach Weisenbach und von Bretten über Anwiltingen und Dering nach Kirnbach. Die Bahnen sollen als Nebenbahnen mit voller Spurenbreite und zwar von jedem Staat für sein Gebiet auf eigene Rechnung gebaut werden. Unter der Voraussetzung, daß die beteiligten Gemeinden und die sonstigen Interessenten die ihnen angemessenen Leistungen übernehmen, sollen die Bahnen innerhalb von 8 Jahren hergestellt werden. Der Ausbau der Murgbahn wird keine Anrechnung des Güterverkehrs zur Folge haben, wohl aber wird mit einer namhaften Steigerung des Personenverkehrs gerechnet, da gerade die noch zu erstellenden Schmalspurbahnen Klosterreichenbach-Weisenbach und den interessanten Bahnen des Schwarzwaldes gebührt. Andererseits wird sich durch die Fortsetzung der badischen Murgbahn

bis Freiburg für die württembergische Eisenbahn ein Frachtausfall ergeben. Die Strecke von Klosterreichenbach bis zur badischen Landesgrenze wird eine Länge von 11 Kilometern erhalten und abgegeben von den seitens der Beteiligten zu übernehmenden Grundbesitzsummen einen Bauaufwand von über 3 Millionen erfordern. Die Bahn Bretten-Kirnbach soll in die Rinte Bretten-Göppingen bei der sog. Rehhütte, etwa 2 Kilometer von Bretten entfernt, eingeführt werden. Die Betriebslänge der Bahn Bretten-Kirnbach beträgt 15,66 Kilometer, wovon 10,49 Kilometer auf württembergisches Gebiet fallen. Die Baukosten für die württembergische Strecke sind auf 1,24,000 M. veranschlagt, wovon rund 87,000 Mark von den beteiligten Gemeinden zu übernehmen sind.

Die „Volkstimme“

in Mannheim hält im Fall des Pfarrers M. von Plütern an ihrer Verdrängung des Ordinariates fest, nicht etwa deshalb, weil das unrichtig wäre, was wir darüber schreiben, sondern 1. weil ein sozialdemokratisches Blatt alles besser weiß und daher auch das besser weiß, was das Ordinariat bezüglich der Disziplinierung eines Geistlichen schon vor zwei Jahren zu tun hatte, dessen Verhalten erst durch eine neuerdings stattgehabte Untersuchung sich als so gravierend herausstellte, daß eine schwere kirchliche Strafe ausgesprochen werden mußte; 2. weil ein sozialdemokratisches Blatt dem Gegner gegenüber, und besonders einem geistlichen Gegner gegenüber, eine Pflicht der Gerechtigkeit und Objektivität, wie hunderte von Beispielen davor, überhaupt nicht anzuerkennen; 3. weil ein Standa in geistlichen Kreisen durch sozialdemokratische Streife nicht bloß grundtätig an die große Glocke gehängt — wenigstens wenn der Geistliche zugleich Sozialdemokrat wird oder mindestens wie Leute antraktantomane Schmutzreden hält, — sondern auch aufgebauscht und als für die ganze Kirche unmöglich fälschlich dargestellt werden muß, während man denen, die den Schmutz im eigenen Lager in die Öffentlichkeit bringen, droht, man werde sie mit beiden Ohren ans Scheinertor nageln.

Wir haben genug von dieser sozialdemokratischen Moral! Sie riecht außerordentlich übel; aber viele Nasen haben sich schon daran gewöhnt.

Kandidaturen

Grödingen (Am Durlach), 18. April. In einer heute dahier stattgehabten Vertrauensmänner-Versammlung der konservativen Partei wurde als Kandidat für den 50. Landtagswahlkreis (Bruchsal-Land) der bisherige Abgeordnete Reiff aufgestellt.

Mannheim, 18. April. Der Chef der national-liberalen Partei, Dr. Döhrcher, beging heute seinen 50. Geburtstag. Die „Bad. Wdzg.“ schreibt uns diesem Anlaß u. a.:

„In einer schweren Zeit ist Dr. Döhrcher zum Steuernmann der Partei bestellt worden. Die Partei tat es mit seltener Einmütigkeit, mit Selbstverständlichkeit geradezu. Seitler waren manne Stimme zu beschließen. Aber immer ergab sich, daß Dr. Döhrcher das unbedingte Vertrauen der Partei besitzt, daß sein gerade, reines, ehrliches und festes Wollen ihm nicht nur die Hochachtung, sondern auch die persönliche Verbundenheit aller Parteimitglieder gebracht hat. Dr. Döhrcher hat das erfahren können und es soll auch zu dem Tag, der ihm einen bedeutenden Lebensabschnitt bringt, an dieser Stelle in Treuen zum Ausdruck gebracht werden!“

Wir können die Bemerkung nicht unterdrücken, daß man zu dieser Würdigung Döhrchers einen Kommentar schreiben könnte, der ganz anders lautete, und zwar einen Kommentar, der sich lediglich an das hielt, was national-liberale Blätter schon über den neugewählten Führer Döhrcher geschrieben. Das bezieht sich selbstverständlich nur auf die politische Persönlichkeit Döhrchers.

Arbeiterzeitung.

Mannheim, 18. April. Resultat der Gewerbetagswahlen. Arbeitnehmerliche: Gewerkschafts-Partei 28, Christlich-Nationale 5, Christlich-Sozialer Arbeitervereine 2. Auf Arbeitgeberseite wurden 31 Kandidaten des Arbeitgeberrats und 4 Kandidaten des Gewerkschaftsrats gewählt.
Paris, 18. April. In Paris haben die Ausständigen nach einer Intervention des Polizeipräsidenten beschlossen, die Arbeit teilweise wieder aufzunehmen. In Magomet haben die Arbeiter die neuen Forderungen der Arbeiter auf Vorkommen, die sie mit der Erneuerung der Lebensmittel begünden, abgelehnt. Die Ausständigen greifen 9 Kilometer von Magomet eine Fabrik an. Ein Offizier des 143. Infanterie-Regiments, welcher den in der Fabrik angestellten Posten befehligte, wurde durch einen Steinwurf am Kopf verletzt. Der Kommandeur der Kavallerie-Brigade des 16. Armeekorps ist gestern abend in Magomet eingetroffen.

Paris, 16. April. Eine Versammlung von Postbeamten, an der 400 Personen teilnahmen, beschloß die Umwandlung des Generalverbandes der Postbeamten in ein Syndikat und die Ablehnung des von der Regierung geplanten Statuts der Staatsbeamten.

Paris, 17. April. In der Umgebung von Magomet hielten die Ausständigen gestern drei von Genarmen begleitete Wagen an, auf welchen Baumwolle zur Stadt gebracht wurde. Die Baumwolle wurde von den Streikenden beschlagnahmt. In Gannan wurde das Wasser des Kanals durch einen Hartbohr für jede Benutzung in den Fabriken unbrauchbar gemacht. In der Weisbohr wurde gestern abend eine Versammlung abgehalten, worin mit 892 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde. Nur 12 Stimmen wurden für die Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 18. April. Die Einnahmen der bad. Staatsbahnen betragen im Monat März insgesamt 7 817 500 M. Davon entfallen auf den Personenverkehr 1 885 420 M. (gegenüber dem Vorjahre mehr 82 956 M.), auf den Güterverkehr 5 932 080 M. (weniger 121 105 M.) Von Januar bis mit März wurden 21 001 850 Mark (weniger 14 424 M.) verzeichnet. (Karlsru. Ztg.)

Mannheim, 18. April. Gestern vormittag wurde die von der hiesigen Ortsgruppe des Bundes deutscher Architekten veranstaltete Baukunstausstellung in Anwesenheit der Spitzen der Behörden eröffnet.

Mannheim, 15. April. Der in der Rhein-Gummi- und Cellulosefabrik beschäftigte 50 Jahre alte Arbeiter Gustav Albin aus Darmstadt hatte während der Nachtzeit das Unluck glückliche Dampfe zu zusammen. Er starb im Krankenhaus.

Mannheim, 14. April. Einige für den Mannheimer kommenden Fremden recht angenehme Neuigkeiten hat H. Straß, Hof- der hiesige Fremdenverkehrsverein ins Leben gerufen. Vom 1. Mai ab veranstaltet er mit einem neuen, 80 Personen fassenden Motorboot täglich zweimal Rundfahrten durch die hiesigen Hafenanlagen, in denen sich im verflochtenen Jahr ein Gesamtschiffverkehr von 7 798 000 Tonne glatt vollzog. Das Boot wird den Rhein, den Neckar, den Verbindungskanal, den Mühlentafel, den

Binnenhafen und den städtischen Industriehafen befahren und regelmäßige Fahrten nach dem Waldpark Neckarau unternommen. Ferner hat der Verkehrsverein zum Preise von 90 Pf. ein Compendium herausgegeben, das außer der Hafenkarte noch 14 Preisvergnügungsschemen für die Theater, die Badeanstalten und eine Reihe von Vergnügungsanstalten enthält. Dem Fremden steht auch ein Tourenplan der Stadt zur Verfügung, mit dessen Hilfe er von beliebiger Stelle aus nach zwei verschiedenen Prospektentouren die Stadt nach feststehendem amtlichen Tarif leicht besichtigen kann.

Weinheim, 18. April. Der 34 Jahre alte Steinbrucharbeiter Casar Biagini trank vorerfentlich 40 Liter Branntwein. Er starb nach kurzer Zeit.

Schwellingen, 18. April. Im Streit zwischen Reich und Brühl wurde von Hildern die Reichs- 65 Jahre alten vermittelten Wohnmaris Joh. Engelhard von Hildern anfangen. Der Verordnete hat sich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag von zu Hause entfernt und bis zu seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt haben.

Schwellingen, 18. April. Die Bürgerausführung der zweiten Klasse endigte mit dem Siege der vereinigten bürgerlichen Parteien. — In Döhrschheim wurden bei der Bürgerausführung der 3. Klasse die Kandidaten der Sozialdemokratie und feindlichen Oppositionspartei gewählt.

Wörthheim, 18. April. In einer sozialdemokratischen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Eichhorn über die Reichsfinanzreform. Die Polizei beschlagnahmte ein bei dieser Gelegenheit verteiltes Flugblatt, da die Namensunterschrift fehlte.

Wörthheim, 18. April. Im Alzein wurde die Leiche eines etwa 6 Wochen alten Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Die Leiche trug Zeichen des Erstlings-todes.

Offenburg, 16. April. In der vorgestrigen Bezirksratssitzung wurde unter anderem auch Herr Karl Duffner, Sohn des Herrn Duffner aus „Krone“ Hildburg, die Konzession zum Betrieb des Hotel-Restaurants „Union“ dahier erteilt. Dasselbe war langjähriger Strohmeister in erstklassigen Häusern, des Ins- und Auslandes, so zuletzt im „Polenlager“ zu Frankfurt. Die Art, wie Herr Duffner in der kurzen Zeit seiner provisorischen Verwaltung das Hotel führte, läßt sich durch Tatsachen, daß das Hotel-Restaurant „Union“ auf solche Höhe gebracht werden wird, auf welche es wegen seiner vorzüglichen Lage und seiner sehr komfortablen Einrichtung Anspruch erheben darf.

Freiburg, 18. April. Hier ist eine Bewegung zur Errichtung einer städt. Hypothekendarlehen im Gange.

Wehr, 18. April. Das 17-jährige Töchterchen des Gipsmühlenselbsters Godel sei in den Kanal und ertrank.

Lokales.

Karlsruhe, 19. April 1909.
+ Die Besserung im Befinden des Großherzogs hat weitere Fortschritte gemacht.

Schwerer Unfall. Am 17. i. M., abends gegen 6 Uhr, erlitt ein beschriebener Tagelöhner von Wulach, der in der Deutschen Posten- und Wundschmerz hier beschäftigt war, einen Unfall, wobei er schwer verletzt wurde. Er war am Schienbein der Rechten in der Reithöhle beschäftigt, wofür er eine Stufenleiter auf dem Gleise nach dem Weisenbachhof gezogen wurde. Hierbei glitt er auf einer Eisenplatte aus und kam unter den Stufenleiter, wobei die Hüder über ihn hinweggingen und ihm das linke Bein am Unterschenkel beinahe vollständig abgesägt wurde. Am rechten Bein wurde er leichter verletzt. Nachdem ihm ein Notverband angelegt war, wurde der Verunglückte in das Diakonissenhaus verbracht.

Zwei Widerpenige. Am 15. d. M., abends, entwich ein 46 Jahre alter Fuhrknecht von Durmersheim aus dem städtischen Krankenhaus und da gegen ihn Haftbefehl wegen Diebstahls erlassen wurde die Fahndung nach ihm alsbald aufgenommen und nach 11 Uhr in einer Straße in Stadtbühl Hildburg von zwei Schulknaben betreten und wieder festgenommen. Auf dem Wege leitete er auf einmal heftigen Widerstand, wobei er dem einen 30 Jahre alten Händler aus Weierheim, der bei ihm in seiner Gesellschaft war, unterstieß, der ihn zu befreien suchte. Beide gingen gegen die Schulknaben tätlich vor, dabei erhielt einer von diesen einen leichten Stich in den linken Oberarm. Schließlich gelang es aber den Schulknaben, die beiden zu bewältigen und den Fuhrknecht wieder in das Krankenhaus zurück zu verbringen und den Händler in Amstettenheim einzuliefern.

Diebstahl. Am 16. d. M. wurden eine Verkäuferin in der Seifenstraße aus verlockender Kommode mittels Nachschlüssel 68 M. gestohlen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Eutinger Mord vor Gericht.

Karlsruhe, 19. April. Das Schwurgericht verhandelt heute gegen den 18 Jahre alten Josef August Redinger von Eutingen wegen Verbrechen nach § 214 A. St. G. V. Derselbe lautet: „Wer bei Unternehmung einer strafbaren Handlung, um ein der Ausführung derselben entgegenzusetzendes Hindernis zu beseitigen, oder um sich der Erreichung auf freier Tat zu entziehen, vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“ Redinger, als Gelegenheitsarbeiter und rober Mensch bekannt, hatte am Dienstag, den 16. Februar d. J., den 47-jährigen W. L. H. in einem Hotel in Eutingen ermordet. Die betreffenden Vorgänge seien hier kurz wiedergegeben. Der W. L. H. kannte die örtlichen Verhältnisse und die Gewohnheiten der Stenografenfamilie sehr genau. Schon als Schulknabe ging er im Hause Stenografen aus und ein. So kam es, daß ihn auch der Hofhund ungehört passieren ließ, als er sich am Montag abend um 7 Uhr in die Wohnung einschlich, zweifellos um zu schlafen. Er konnte aber verschiedener Umstände halber — die Geleule hatten infolge ihres Hustens eine unruhige Nacht — sein Vorhaben nicht zur Ausführung bringen. Morgens frühste er unter dem Schutze einer Gesichtsmaske aus dem Hause. Die Geleule wurden von dem Einbrecher, als sie ihm entgegenkamen, zu Boden geworfen. Der Stenograf begab sich um 9 Uhr in die Scheuer, wo sich Redinger verborgen hielt. Er verlegte dem greisen Mann mittels Wessentils ein paar Stöße auf den Kopf. Alsdann drückte er mit den Händen den Hals zu, so daß Blut zu Ohr, Nase und Mund herausdrang. Der Stenograf legte die Leiche unter das Gartenloch und deckte sie mit Heu zu. Anderen Tages wurde der Mörder in einer Forstheimer Wirtschaft verhaftet. Als er zur Section nach Eutingen geführt werden sollte, legte er ein umfassendes Geständnis ab. Die Eltern Redingers, der schon wegen Verbrechen bestraft ist, sind brave Leute. Stenograf war 21 Jahre lang Gemeinderat und wurde von 1888 bis 1892 Bürgermeister. Auch sonstige Ehrenämter hatte er inne und stand in hohem Ansehen im Orte. Einen Bericht über den Verlauf des Prozesses und das Urteil lassen wir morgen folgen.

Vermischte Nachrichten.

Paris, 17. April. Zwei Einbrecher überfielen in ihrer Wohnung die Amerikanerin Frau Martels, welche mit ihren Töchtern allein eine Wohnung inne hatte, und beraubten sie. Die Diebe verschwanden unter Mitnahme von circa 50 000 Franken. Der Ueberfall

wurde in kaum 5 Minuten ausgeführt und dadurch begünstigt, daß die Frau schläft ist.
Madrid, 17. April. Die Gendarmerie verhaftete mehrere Personen, in deren Wohnung eine ganze Einrichtung zur Anfertigung falscher Banknoten entdeckt wurde.

Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung.

Frankfurt a. M., 16. April. Graf Zeppelin hat einen Preis von 10 000 M. gestiftet für dasjenige kleinste Motorluftschiff, das während der Dauer der Ausstellung mindestens 5 Fahrten von wenigstens halbtägiger Dauer unter Mitnahme zum Ausgangspunkt ohne Zwischenlandung und mit wenigstens zwei Personen an Bord ausführt. Für den Dr. Gans-Fabrice-Preis (10 000 M.) ist bestimmt, daß Gewinner des Preises derjenige ist, welcher am meisten während der Dauer der Ausstellung Flüge von mehr als 5 Minuten ausgeführt hat. Bis jetzt sind Geldpreise im Gesamtbetrag von 130 000 M. gestiftet. Der Garantiefond der Ausstellung hat den Betrag von einer Million Mark überschritten. Die württembergische Naturforschende Gesellschaft veranstaltet eine ornithologische Ausstellung zur Veranschaulichung des Fluges in der Natur; Herr Professor Schilling hat sich in liebenswürdigster Weise bereit erklärt, die Veranstaltung dieser Ausstellung zu unterstützen.

Theaterbrand.

Wien, 17. April. Heute früh ist das hiesige 3000 Personen fassende Variété-Theater samt Garderobe und Dekorationen infolge von Brandstiftung durch entlassene Arbeiter völlig eingestürzt worden.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Belgrad, 19. April. Aus Belgrad wird gemeldet, daß das Militär aus Angst vor dem erneuten Ausbruch erhalten hat, den Agitator Bojsetinjak zu verfolgen und ihn tot oder lebendig zu überbringen. Das Militär hat bei der Verfolgung in der Umgebung von 30 Dörfern eingeschlagen. Man glaubt, daß Bojsetinjak nach Montenegro entkommen ist.

Konstantinopel, 17. April. Die Misaat Pascha verhaftet, werden die türkisch-bulgarischen Verhandlungen schon morgen beendet werden.

Sofia, 17. April. Ein Infanterie- und ein Artillerie-Regiment erhielten Befehl, morgen nach Harmanli an der Grenze des Wilajets Adrianopel abzugehen.

Die Reise des Kaiserpaars.

Rom, 17. April. Hier zirkuliert das Gerücht, Kaiser Wilhelm werde bei seiner am 25. April erfolgenden Rückkehr aus Corfu in Venedig eine Zusammenkunft mit König Viktor Emanuel haben.

Lilien, 17. April. Die „Höhenrollen“ mit dem Kaiserpaar und dem Prinzen Oskar an Bord ist mit einer Verpätung, jedoch nach ruhiger herrlicher Fahrt heute gegen 11 Uhr Vormittag in Corfu eingetroffen. Die Ankunft der Kaiserfamilie gewährte ein überaus materielles Bild. Die Hafenstraße, in der die meisten Konsulate, auch das deutsche Legation, zeigte reichen Schmuck an Bannern in griechischen und deutschen Farben. Als sich das Kaiserpaar und die anderen Fürstlichkeiten in einer Schaluppe der Höhenrollen dem Lande näherten, wurden vom Fort Bekia Salutschüsse abgegeben. Unter dem Donner der Kanonen und den frohlichen Zurufen der Bevölkerung betrat das Kaiserpaar das Land.

Revolution in der Türkei.

Saloniki, 19. April. Der Gouverneur in Saloniki und der Kommandant des 3. Armeekorps erhielten aus Konstantinopel telegraphisch den Befehl, den Weiermarisch der Jungtürken zu verhindern, damit eine Katastrophe vermieden werde. Die beiden antworteten aber, das Komitee verweigere der Regierung Anerkennung und Gehorsam und sei entschlossen, in Eilmärschen vorzugehen und den Mächten mit aller Gewalt durchzuführen.

Konstantinopel, 19. April. In einer aus Siziano datierten Depesche wird mitgeteilt, daß das Saloniker Vorposten-Detachment in Kuchinofel Dalmatien eingetroffen ist. 200 Mann, davon die Hälfte freiwillige Offiziere in Mannschafteidung, sicherten den Bewohnern völligen Schutz zu. Der Bormarsch sollte gestern beginnen.

Konstantinopel, 19. April. Die 30 Abgeordneten, die nach Adhatabdcha gefahren waren, wurden von den Truppen mit der Frage empfangen: Habt Ihr den Kopf des Sultans? Wir verlangen ihn, damit wir sicher sind, daß die Verfassung fortan nicht angetastet wird. Die Komitee-Armees fordert die Abweisung oder Abdankung des Sultans, die Entfesselung Meshads sowie Bestrafung der Minister und Offiziere. Hundert Offiziere und mehr haben auf den Koran geschworen, den Sultan zu töten.

Konstantinopel, 19. April. Der Ministerpräsident beschäftigte sich gestern mit inneren Fragen. Aus fast allen Städten Mazedoniens und verschiedenen Anatoliens kamen Protest-Telegramme ein gegen die Reaktion. Aus Larzuz werden große Megeleien berichtet, ebenso aus den Dörfern bei Adana. Das türkisch-bulgarische Abkommen sollte gestern unterzeichnet werden.

Konstantinopel, 17. April. Hier Militärzüge mit ungefähr 2500 Mann sind, wie ein Extrablatt der „Frankf. Zeitung“ meldet, heute nachmittags um 3 Uhr aus Saloniki und Adrianopel in Adhatabdcha eingetroffen. Sie trugen ruhig und in voller Disziplin aus und besetzten dort das Verteidigungswerk. Das in Adhatabdcha befindliche Artilleriekontingent verhielt sich passiv. In Hadentani, einem Vorort von Adhatabdcha, schloß sich die 1200 Mann betragende Delegation der Saloniker Bewegung an. Die Eisenbahnlinie Saloniki-Debagatich ist für den Personen- und Güterverkehr infolge der Truppenanwesenheit von Saloniki gesperrt worden. Um 2 Uhr nachts fuhr von Konstantinopel ein Extrazug mit Mermas, als Delegierten des Sultans, und acht Abgeordneten nach Adhatabdcha.

Konstantinopel, 17. April. Da die Unruhen in Adana fortbauern, wurde das Standardrecht proklamiert und Militär dorthin entsandt. Das hiesige armenische Komitee ist über die Vorfälle in Adana sehr erregt.

Tages-Kalender.

Montag, den 19. April.
Rath. Männerverein Konstantin. 9/9 Uhr Gesangsprobe.
Rath. Männerverein der Stadt. 9 Uhr Gesangsprobe in der Insel Heilands.
Gesangsabteilung des Rathol. Männervereins „Benedicta“. 9 Uhr Gesangsprobe in der Weidenballe.
Rath. Arbeiterverein. 9 Uhr Unterrichtsstunde.

Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.

Eheschließungen: 17. April. Heinrich Degener von Bannberg, Schreiner hier, mit Hermine Weib von hier. — Martin Schneyer von Schmalenberg, Kaufmann in Unter-Weinheim, mit Paula Hartmann von Enzfeld. — Friedrich Kiefer von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Wilhelmine Seier von Nagold. — Karl Karl-Albrecht von Heidelberg, Bahnarbeiter hier, mit Frieda Schleich von Eppingen. — Karl Trautner von Albingen, Instrumentenmacher hier, mit Ella Reim von hier. — Karl Häner von hier, Monteur hier, mit Marie Strittmatter von Waldkirch. — Albert Roth von Oberkirch, Schrankenwärter in Freiburg, mit Frieda Seyfert von Eberbach. — Jakob Benzing von Schweningen, Hausdiener hier, mit Karoline Hornung Witwe von Mandheim. — Anton Schmitt von Wädlingen, Bahnarbeiter hier, mit Wilhelmine Ged von Karlsruhe. — Josef Müller von Ritzlach, Bizefeldweibel hier, mit Anna Marquard von Alsbach. — Heinrich Böhringer von Konstanz, Gärtner in Baden-Bichtental, mit Rosa Keller von Albingen. — Ferdinand Loth von Karlsruhe, Ginleger hier, mit Anna Waldhauser von Karlsruhe. — Adolf Schröder von Waghil, Trompeter

hier, mit Olga Meßler von Freiburg. — Karl Bachmann von Büchig, Maschinenformer hier, mit Maria Margaretha Klingert von Wesselschulden. — Heinrich Borch von Lürfeld, Hausdiener hier, mit Anna Brümmer von Hesselbach. — Ludwig Jedy von Wilsen, Schuhmann hier, mit Magdalena Kirch von Leipheim. — Christian Helmman von Sternensfeld, Fabrikarbeiter hier, mit Barbara Reif von Brey. — Georg Schmitz von Längental, Bierführer hier, mit Luise Mayer von Unterbühligen. — Karl Meißner von Oberkirch, Blechler hier, mit Sofie Baum von Wöllersbach. — Adolf Henninger von Kürzell, Kauskassistent hier, mit Emilie Günther von Heidelberg. — Konrad Schille von Hochbach, Bahnarbeiter hier, mit Luise Wolfangel von Engweihingen. — Mathias Ruf von Radelburg, Bahnarbeiter hier, mit Hedwig Freyer von Lippertkreutz. — Wilhelm Kirz von Lauf, Wagenwärtergehilfe hier, mit Anna Berger von Ringheim. — Albert Wolfhard von Irzingen, Regierungs-Baumeister hier, mit Helena Bärz von Gölshausen.

Geburten: 8. April. Hedwig Emma, Vater Hermann Schweizer, Bahnarbeiter. — Franziska Rosa Mathilde, Vater Wilhelm Böhrner, Zeichner. — 9. April. Kurt Alfred Heinrich,

Vater Heinrich Sauer, Postassistent. — 10. April. Julius, Vater Heinrich Sauer, Schreiner. — Senta, Vater Alexander Rothschild, Kaufmann. — Kurt Paul Wilhelm, Vater Friedrich Küllinger, Fensterreiniger. — Friedric Wilhelm, Vater Paul Anton Fronrot, Jementeur. — Erich Ludwig, Vater Ludwig Schmidt, Schlossermeister. — Albertine Pauline, Vater Wilhelm Althaus, Tagelöhner. — Heinrich, Vater Karl Bimberger, Schuhmacher. — Richard Max, Vater Adolf Hartmann, Kauskassistent.

Todesfälle: 15. April. Anton Albert, Händler, ledig, alt 53 Jahre. — Otto Göpf, Schlosser, ledig, alt 26 Jahre. — Julie Hörnie, alt 55 Jahre, Ehefrau des Lünchers Friedrich Hörnie. — Margarete Rishaupt, alt 73 Jahre, Witwe des Rishalters Theodor Rishaupt. — Karoline Schauler, alt 73 Jahre, Witwe des Tagelöhners Vital Schauler. — 16. April. Ferdinand Reib, Privatier, ein Witwer, alt 83 Jahre. — Mathilde Göb, alt 68 Jahre, Ehefrau des Biersegenmachers Gerhard Göb. — Maria Wolf, Hauswirtschafterin, ledig, alt 68 Jahre. — Julius von Bauer, Oberleutnant und Abt.-Kommandeur, ein Ehemann, alt

50 Jahre. — Wilhelmine Bauer, alt 69 Jahre, Witwe des Landwirts Wilhelm Bauer. — Pauline Schuchmann, Bri- batters, ledig, alt 79 Jahre. — 17. April. Edith, alt 4 Jahre, Vater Ludwig Dingler, Hofbauamtsassistent. — Wilhelmine Freiin Fink von Finkenstein, alt 84 Jahre, Witwe des russischen Oberst Hermann Fink von Finkenstein.

Großh. Hoftheater.
Montag, 19. April. 38. Vorstellung anker Abonnement. Einmaliges Gastspiel von Ede Simonov von der Oper in Brüssel: *Kalmé*, Oper in 3 Ak. u. 2 Bildern. Anfang 7 Uhr.

Volksbüro Karlsruhe,
Schützenstraße 39.
Auenländische Rechtsanwaltschaft und Anfertigung von Schriftsätzen.
Geöffnet: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag, morgens von 10-12 Uhr, mittags von 1-4 Uhr, Montag und Donnerstag von 4-5 Uhr, Sonn- und Feiertag von 10-12 Uhr.

Todes-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Anzeige.)
Hiermit erfülle ich die traurige Pflicht, Freunden und Bekannten mitzuteilen, daß mein lieber Vater,
Carl Heinrich Areß,
am 18. April 1909, morgens 8 Uhr, nach langem, schwerem Leiden, durch ruhigen Tod erlöst wurde.
Karlsruhe, den 19. April 1909.
Carl Areß, Oberprimaner, Amalienstraße 21, II.
Stranzpenden und Beileidskundgebungen bitte ich zu unterlassen.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, statt.

Grossherzogliches Hoftheater Karlsruhe.
Mittwoch, den 21. April 1909, 7 1/2 Uhr abends:
Grosses Konzert
des Grossherzoglichen Hoforchesters.
Dirigent: Dr. Georg Göhler.
Programm:
I. und IX. Sinfonie von Beethoven.
Die Soli in der IX. Sinfonie haben gütigst übernommen:
Frau **Olga Kallensee**, Hofopernsängerin
Fräulein **Margar. Bruntsch**, Hofopernsängerin
Herr **Hermann Jadowker**, Kammer Sänger } Karlsruhe.
Herr **Max Büttner**, Kammer Sänger }
Der Schlusschor wird von eingeladenen Damen und Herren gesungen.
Öffentliche Generalprobe: Mittwoch, den 21. April, vorm. 11 Uhr. Preis der Eintrittskarten 2 Mk.

Ehe man Möbel
kauft, beschaffe man an er reichhaltigste ausgestattete Lager in **Wohnungseinrichtungen** sowie einzelner Möbel in nur solider Ausführung und sehr billigen Preisen.
Gebr. Klein,
Durlacherstrasse 97/99.

Gewerbechule Karlsruhe.
Das Schuljahr 1909/10 beginnt am **Donnerstag, den 22. April.**
An diesem Tage haben sich die neu eintretenden Schüler morgens 7 Uhr und die Schülerinnen mittags 3 Uhr unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses, mit Schreibleistungen versehen, im Gewerbechulgebäude, Zirkel 22, anzumelden. Die Schüler und Schülerinnen der 2. und 3. Klassen haben an den ihnen bereits bekannt gegebenen Tagen zu erscheinen.
Nach dem Ortsstatut über den Besuch der Gewerbechule Karlsruhe sind mit Ausnahme der Bäcker, Bierbrauer, Feilenhauer, Gerber und Metzger alle in den übrigen Gewerben heilige Stadt (Karlsruhe, Mühlburg, Rinsheim, Weierheim, Müppur, Grünwint) beschäftigten Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge) beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verpflichtet, die Gewerbechule als ordentliche Schüler zu besuchen.
Die Arbeitgeber haben die gewerbechulpflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen beim Eintritt in die Arbeit oder Lehre binnen 3 Tagen anzumelden, sowie spätestens am 3. Tage nach der Entlassung aus der Arbeit abzumelden.
Probearbeit oder Beginn der Arbeit oder Lehre im Geschäft der Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht (vergleiche § 12 der landesberühmten Verordnung vom 20. Juli 1907).
Die Anmeldungen für die Fortbildungskurse der **Gesellen, Gehilfen und jüngeren Meister** haben in der Zeit vom 19. bis zum 22. d. Mts. zu erfolgen.
Es sind folgende Kurse vorgelesen:
1. Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung; sie zerfallen in solche mit nur theoretischen und in solche mit nur technischem Fachunterricht (Zeichnen, Modellieren oder Wertstoffunterricht). Dauer: 3. Mai 1909 bis Juni 1910.
2. Handvergoldkurs. Dauer: 4. Mai bis 29. Oktober 1909.
3. Feilerkurs. Dauer: 3. Mai bis 31. Juli 1909.
4. Elektrotechnischer Kurs. Dauer: 5. Mai bis 31. Juli 1909.
5. Maschinenkurs. Dauer: 3. Mai bis 31. Oktober 1909.
Unterrichtszeit: für die unter 1, 2, 4 und 5 angeführten Kurse wöchentlich an zwei Abenden von 1/8 bis 1/10 Uhr.
Schulgeld: für ganzjährige Kurse 6 Mk., für die unter 2, 3, 4 und 5 angeführten Kurse 3 Mk., zahlbar bei der Anmeldung.
Weitere Auskunft erteilt die Schulleitung.
Karlsruhe, den 16. April 1909.
Der Vorstand:
Kuhn.

Tabakarbeiter-Versammlung!
Heute, Montag, den 19. April, abends halb 9 Uhr, findet hier im Palmengarten (Herrenstr.), eine öffentliche **Protestversammlung** gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks statt. — Das Referat hat der Sekretär des christlichen Tabakarbeiterverbandes, **Herr Eichenlaub-Karlsruhe.**
Die Anhänger der verschiedensten Parteien sind dazu eingeladen.
Freie Diskussion ist zugesichert.

Städt. Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis)
Zähringerstraße 100
Telephon 629.
Geschäftszeit von 8-12 1/2 u. 2-7 Uhr.
Gesucht werden für sofort und 1. Mai: für Privathaushalt: Köchinnen für hier und auswärts, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Frauen für Monatsdienst, Putzfrauen;
für Wirtschaftsgewerbe: Restaurationsköchinnen, Haus- und Küchenmädchen, ferner Arbeiterinnen für Druckereien.

Ein Bönhengst (Fuchs),
12 Jahre alt, sehr schönes Tier und gut eingefahren, ist zu verkaufen.
Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf den Bönhengst“ versehen, bis spätestens Samstag, den 24. April, vormittags 9 Uhr, auf unserem Bureau, Gillingenstraße 6, einzureichen.
Karlsruhe, 17. April 1909.
Städt. Garten-Direktion.
K. A. K.
Dienstag, 20. April, abends 1/9 Uhr, Zusammenkunft im Sängerkloak. Der Gesangwart.

Städtische Heizerschule Karlsruhe.
Der sechste Heizerkurs beginnt am **Montag, den 3. Mai 1909, abends 1/8 Uhr (Saal 7, 1. Stock).**
Kursdauer: 3. Mai bis 31. Juli 1909.
Schulgeld: Drei Mark.
Unterrichtszeit: viermal wöchentlich, abends von 1/8 bis 1/10 Uhr, thes- zeitlich Unterricht: einmal wöchentlich, mittags von 2 bis 6 Uhr, praktische Unterweisungen in Heizerkloakern.
Die Anmeldungen sind spätestens bis 22. April d. J. während der üblichen Bureaustunden auf der Kanzlei der Gewerbechule, Zirkel 22, zu erwirken.
Zu jeder weiteren Auskunft ist der Unterrichtsleiter gen. bereit.
Karlsruhe, den 7. April 1909.
Der Vorstand der Gewerbechule:
Kuhn, Rektor.

Katholischer Männerverein der Südstadt.
Dienstag, den 20. April 1909, abends 9 Uhr, in der „Wolfs- schlucht“ (hinters Lokal) **Vereinsversammlung mit Vortrag.**
Wir eruchen die verehrlichen Mitglieder um zahlreichsten Besuch. **Der Vorstand.**
Kindervagen
zu verkaufen. Ein noch gut erhaltener Kindervagen ist zu verkaufen. Zu er- stelle dieses Blattes erbeten.
Wirtsleute gesucht.
Angebote unter Nr. 413 an die Geschäfts- stelle dieses Blattes erbeten.

Durch die Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karls- ruhe ist wieder zu beziehen:
„Kleines Gebet- und Gesangbuch“, mit den monatlichen Andachten der Corporis Christi, Herz Jesu- und Herz Maria-Bruderschaften.
Zusammengestellt von J. G. Lorenz, Pfarrer in Neufah. 16°. 20 Bogen. (VIII, 328 u. XX S.)
Preis: Gebunden in gewöhnlichem Einband bei Abnahme von unter 50 Stück 45 Pfg. } per
50 Stück auf einmal 40 Pfg. } Exemplar.
100 35 Pfg. }
Hohe Exemplare bei Abnahme von mindestens 100 Stück 25 Pfg. per Exemplar, darunter 30 Pfg.

Geschmackvolle, elegante und leicht ausführbare Colletten.
WIENER MODE
mit der Unterhaltungsbeilage „Im Boulevard“, jährlich 24 reich illustrierte Felle mit 48 farbigen Modelbildern, über 2800 Ab- bildungen, 24 Unterhaltungsbeilagen und 24 Schnittmusterbogen.
Vierteljährlich: K 3.30 = Mk. 2.80.
Gesellschafter:
„Die praktische Wiener Schneiderin“ und
„Wiener Kinder-Mode“ mit dem Beiblatt „Für die Kinderstube“ sowie „Schnittmusterbogen“.
Schnitte nach Maß. Als Begünstigung von besonderem Wert liefert die „Wiener Mode“ ihren Abonnentinnen Schnitte nach Maß für ihren eigenen Bedarf und den ihrer Familienangehörigen in beliebiger Anzahl zeitlich gegen Entgelt der Spesen von 30 h = 30 P. unter Garantie für lauselles Paffen. Die Aherfertigung jedes Collettenstückes wird durch jeder Dame leicht gemacht.
Abonnement nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der Verlag der „Wiener Mode“, Wien 6/2, Gumpendorferstraße 87, unter Beilugung des Abonnementbetrages entgegen.

Offenburg. Geschäfts-Empfehlung.
Geben dem reisenden Publikum bekannt, daß ich von heute an den Betrieb des Hotels und Restaurant **Union** dahier unter meinem Namen führe. Meine aufs beste eingerichtete Fremdenzimmer mit 42 Betten, Zentral- heizung, elektrisches Licht, unter Beachtung größter Proprietät und billigster Preisunterlegung, besonders den Herren Reisenden, halte bestens empfohlen.
Führe stets:
naturreine Weine, offen und in Flaschen, gutes einheimisches und Münchener Bier. **Bürgerlicher Mittagstisch.**
Diners und Soupers nach Übereinkunft.
Zur Abhaltung von Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten usw. stehen kleinere und größere Säle zur Verfügung.
Um geneigten Zutpruch bittet Hochachtungsvoll
Karl Duffner,
zuletzt Buchmeister im Palmengarten zu Frankfurt a/M.

Für die heil. Firmung
empfiehlt der hochw. Geistlicheit
Verzeichnis der Firminge, enthaltend die Gebete vor, während und Firmungs-Andenken, nach der heiligen Firmung, mit ge- bräutem Namen des Bischofs, der Pfarrei und des Pfarrers, Angabe des Firmungstages und der Kirche, worin gefirmt wird. 100 Stück Mk. 2.50, ohne Einbruck Mk. 1.50.
Firmungs-Zeugnisse (zur Kontrolle des Geistlichen) mit dessen und des Pfarrers Namen. 100 Stück Mk. 1.—, ohne Einbruck 50 P.
Muster werden gerne zugesandt.
„Badenia“,
Aktiengesellschaft für Verlag und Buchdruckerei, Karlsruhe.

Letzte große Freiburger Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung des Münsters : zu Freiburg i. Dreisgau. :
Ziehung am 25., 26., 27. und 28. Mai 1909
Lose zu Mk. 3.30.
Porto und Liste 20 Pfg. extra. : Nachnahme 20 Pfg. teurer
empfiehlt die
Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters“, Karlsruhe, Nr. 42 Adlerstraße Nr. 42.

Fernsprech-Anschl. 2328. Fabrik Durlacher-Alloo 59.
Karlsruher Jalousie- und Rolladen-Fabrik
G. m. b. H. Ausser Vorband.
Karlsruhe i. B.
empfiehlt billigst
Rolladen aus Holz und Stahlwellblech.
Zug-Jalousien, Holzrouleaux.
Rollschutzwände.
Neu! Rolljalousie „Däumling“ Neu!
mit gelochtenen Metallbändern. D. R. P. a.
Reparaturen etc. billigst.